

Internationale Freigeistige Rundschau 1/2007

Europa

Europäische Union

I (3660) Die EU-Bischofscommission (COMECE) hat Bundeskanzlerin Angela Merkel und führende EU-Politiker zur Stärkung der Werte in der Europäischen Union aufgerufen. Die für den 50. Jahrestag der Römischen Verträge im März 2007 geplante Erklärung müsse den Gedanken wiederbeleben, dass die EU eine Wertegemeinschaft sei, heißt es in dem in Brüssel veröffentlichten Schreiben. Die Bischöfe fordern eine Erwähnung der christlichen Quellen in der EU-Erklärung. Kurz danach rief der Kölner Kardinal Meisner Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgerufen, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine Verfassung in christlicher Tradition einzusetzen. "Wenn die EU mehr sein will als eine Währungsunion oder ökonomische Gemeinschaft, dann wird es nicht gehen ohne eine Verfassung, die in der christlichen Tradition unseres Erdteils steht", sagte er. Wenn die CDU sich selber ernst nehme, solle sie alles daran setzen, "den Gottesbezug in die EU-Verfassung hineinzubringen". Die gleiche Forderung nach einem Gottesbezug in der EU-Verfassung wiederholten in den folgenden Wochen der christdemokratische Präsident des Europaparlaments, Pötering, was die deutsche Kanzlerin Merkel (beide CDU) in ihrer Eigenschaft als EU-Ratspräsidentin willfährig, aber bislang erfolglos aufgriff. (*dpa*, 11.12.06, *KNA*, 20.12.06)

Deutschland

I (3661) **Köln.** Kontroverse Diskussionen löste das Verbot multireligiöser Schulfeste durch den Kölner Kardinal Meisner aus. Konservative Kollegen sowie evangelikale und auch einzelne als „liberal“ bekannte Protestanten unterstützten seine abgrenzende Linie, während z.B. die katholischen Religionslehrer an Gymnasien im Erzbistum Köln die Richtlinie des Kardinals als widersprüchlich kritisierten. Auch zahlreiche um Integration bemühte Politiker – sogar aus der Union – bezeichneten sie als wenig hilfreich für das gegenseitige Verständnis von Schülern unterschiedlicher Glaubensrichtungen.

In der "Bild"-Zeitung sagte Meisner, Kinder seien mit multireligiösen Feiern überfordert. Sie hätten einen Anspruch darauf, ihren Glauben unvermischt kennen zu lernen. Den Vorwurf, durch seine Anweisungen würden Muslime diskriminiert, wies er zurück.

Die Richtlinie des Kardinals vom November sieht vor, dass es an katholischen Schulen im Erzbistum Köln keine multireligiösen Feiern mehr geben soll. An staatlichen Schulen in der Erzdiözese sollen katholische Religionslehrer dafür Sorge tragen, dass solche Veranstaltungen ohne Beteiligung der katholischen Kirche stattfinden. Weihbischof Jaschke sagte im Deutschlandfunk, mit seiner Absage an diese Form von Feiern in der Schule halte sich der Kölner Kardinal im Grundsatz an die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz von 2003. Das Verbot solcher Feiern an Schulen geschehe aus Sorge um die Kinder und aus Respekt vor den unterschiedlichen Gottesvorstellungen der anderen Religionen. (*Katholische Nachrichten Agentur* [=KNA], 8.12.06; *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, [=FAS] 10.12.06)

I (3662) **Karlsruhe.** Der Bundesgerichtshof hat die Gefängnisstrafe für einen katholischen Gefängnisseelsorger bestätigt. Der Priester hatte im Düsseldorfer Al-Khaida-Prozess die Aussage verweigert und muss für maximal sechs Monate in Beugehaft. Das Zeugnisverweigerungsrecht des Geistlichen gelte laut BGH nur für Umstände, die ihm in seiner Eigenschaft als Seelsorger bekannt geworden seien. Als der Priester verdächtigt wurde, er habe für einen Angeklagten im Internet Versicherungsadressen recherchiert, um Entlastungsmaterial zu produzieren, verweigerte er die Aussage. Daraufhin verhängte das Oberlandesgericht ein Ordnungsgeld und ordnete die Inhaftierung zur Erzwingung einer

Aussage an. Die Haft wurde dann bis zum Bundesgerichtsurteil ausgesetzt. (dpa, 7.12.06, Süddeutsche Zeitung, 8.12.06)

I (3663) **Bonn.** Die katholische Deutsche Bischofskonferenz hat sich entschieden gegen eine Änderung des deutschen Stammzellgesetzes ausgesprochen. Wenn die Politik die bestehende Regelung aufgäbe, verlief sie einen gesellschaftlichen Grundkonsens, warnte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, in Mainz. Er forderte die Bundesregierung auf, die „deutsche Linie“ (gemeint war die katholische) in Europa offensiver zu vertreten und wies auch den Vorschlag des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, entschieden zurück, die derzeit geltende Stichtagsregelung zum Stammzellimport um vier Jahre auf Ende 2005 zu verschieben. Er sehe nicht, wie man verbrauchender Embryonenforschung prinzipiell entgegenzutreten könne, wenn man Ausnahmen rechtfertige. Genau diese befürworteten inzwischen aber auch die Kanzlerin und die Forschungsministerin Schavan. (KNA, 11.12.06 u. 12.1.07)

I (3664) **Vatikanstadt.** In arge Verlegenheit brachte der Heilige Stuhl die Deutschen Bischöfe. „Kirchenaustritt ist nicht Austritt aus der katholischen Kirche“ titelte die in der Schweiz ansässige *Katholische Internationale Presseagentur* (KIPA) ihren Bericht über den brisanten Inhalt eines bereits vom 13. März 2006 datierenden Schreibens, das der Papst ausdrücklich approbiert (=gebilligt) hat. Dort heißt es: „Der rechtlich-administrative Akt des Abfalls von der Kirche“ könne aus sich heraus nicht „einen formalen Akt des Glaubensabfalls“ bilden, weil der Wille zum Verbleiben in der Glaubensgemeinschaft bestehen bleiben könne. Nur eine „innere Entscheidung“, die katholische Kirche als Glaubensgemeinschaft zu verlassen, stelle „einen Akt der Apostasie, Häresie oder des Schismas“ dar, nicht aber „das Verlassen der Kirche im meldeamtlichen Sinn mit den entsprechenden zivilrechtlichen Konsequenzen“ wie z.B. die Befreiung von der Kirchensteuerpflicht.

Das Schreiben wurde erst jetzt bekannt, weil es erst in der Nr. 38 des Jahrgangs 2006 der „*Communicationes*“ des Vatikan veröffentlicht wurde. Der Wortlaut ist (zumindest derzeit noch) im Internet unter http://mypage.bluewin.ch/libertas-ecclesiae/dok_6.htm abrufbar.

Obwohl der Wortlaut an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lässt, spielt die Deutsche Bischofskonferenz das ausschließlich auf die Rechtskonstruktion in Deutschland, Österreich, den meisten Schweizer Kantonen sowie Dänemark und Schweden Bezug nehmende Schreiben herunter. In einer Erklärung vom 24. April 2006 hatten die Oberhirten sogar noch behauptet, „dass das, was dieses Schreiben intendiert, mit dem so genannten Kirchenaustritt übereinstimmt“, weshalb staatlicher Austritt und Glaubensabfall in diesem Fall identisch seien. Dies sieht hingegen die ansonsten sehr konservative Katholische Volkspartei (KVP) der Schweiz völlig anders. Sie sprach in einer Erklärung vom „Ende des Money-Katholizismus“ und differenziert offensichtlich genau und sinngetreu zwischen der Distanz von der Kirche und vom Glauben. Das Motiv der deutschen Bischöfe liegt auf der Hand: Millionen von gläubigen Christen sind mit der Kirche aus verschiedensten Gründen unzufrieden und wollen sich die Kirchensteuer am liebsten sparen. Sie haben nun die Gewissheit, dass sie sehr wohl gleichzeitig Mitglied der Kirche (in ihrer Eigenschaft als Glaubensgemeinschaft) bleiben können ohne der „verfassten“ Kirche (in ihrer administrativen Form als „Kirchensteuereinzugsbehörde“) anzugehören. Das würde den deutschen und anderen steuereintreibenden Kirchen viel Geld und Macht kosten. Genau darauf spielt der Begriff „Ende des Money-Katholizismus“ an. (kipa, 5.3.07)

Frankreich

I (3665) **Paris.** Gegen den erbitterten Widerstand der katholischen Kirche soll in Frankreich eine kontrollierte Forschung an menschlichen Embryos und das therapeutische Klonen im Rahmen

"streng definierter Grenzen" erlaubt werden. Das Parlament in Paris legte die Grundzüge eines Gesetzentwurfes zur Bioethik vor, der die Forschung an den so genannten Stammzellen, die sämtliche Erbinformationen des Menschen enthalten, unter bestimmten Bedingungen zulässt. Die politische Diskussion wurde gestartet, nachdem sich die katholische Kirche in Frankreich gegen die Benützung von Spendengeldern für die Forschung an Embryonen ausgesprochen hatte. (afp, 8.12.06)

I (3666) **Ploermel**. Die heftig umstrittene Statue von Papst Johannes Paul II. (vgl. MIZ 4/06, Meldung 3643) ist im bretonischen Ploermel enthüllt worden. Wie die BBC berichteten, blockierte die Polizei eine Gruppe von Gegendemonstranten. Entgegen früherer Ankündigungen des örtlichen Bürgermeisters nahmen weder der französische Innenminister Sarkozy noch der Apostolische Nuntius in Frankreich an der Zeremonie teil. Kritiker hatten unter Verweis auf die in Frankreich gesetzlich verankerte Trennung von Kirche und Staat gegen die Aufstellung der Statue geklagt. Der Gemeinde seien unzulässige Kosten für den Sockel entstanden. Vor Gericht war die Klage in erster Instanz abgewiesen worden. (bbc, 11.12.06)

Italien

I (3667) **Palermo**. Der umstrittene Türkeibesuch des Papstes (vgl. Meldung 3647 in der MIZ 4/06) mobilisierte auch die katholischen Fundamentalisten, speziell in Süditalien. In Palermo, Catania und Enno fanden Solidaritätsmärsche für den Papst statt. Dabei zogen Tausende von Gläubigen mit Fahnen und Transparenten durch die Stadtzentren um mit Blick auf die angespannte Situation während des päpstlichen Türkeibesuchs zu demonstrieren, dass sie geschlossen hinter dem Papst ständen, so die Nachrichtenagentur AGI. Dabei stellten sie durch den äußeren Rahmen eine Analogie zu den früheren Kreuzzügen her. (agi, 24.11.06; KNA, 25.11.06)

I (3668) **Vatikanstadt**. Die Forderung des Papstes, dass im gesamten öffentlichen Raum in Italien die Kruzifixe nicht abgehängt werden sollen, stieß auf erheblichen Widerspruch von laizistischen Organisationen und Bürgerrechtlern, die dem Vatikan massive Einmischung in die interne italienische Rechtsordnung vorwarfen. Das höchste Verwaltungsgericht Italiens, der Staatsrat, hatte bereits Ende Februar 2006 dem Klerus eine Steilvorlage geliefert, als es Kreuze in Klassenzimmern mit der Begründung verteidigt hatte, das Kruzifix sei kein "Kultobjekt", sondern ein Symbol, das für die "Basis der bürgerlichen Werte" stehe. (RV, 10.12.06)

I (3669) **Rom**. Das Schicksal des 60-jährigen Piergiorgio Welby, der seit Jahrzehnten an Muskelschwund leidet und Sterbehilfe verlangt, hat das Land gespalten. Zunächst hatte ein italienisches Gericht gestern bestätigt, dass Sterbehilfe nicht erlaubt ist. Der „Gesundheitsminister“ des Vatikan, Kardinal Javier Lozano Barragan, meinte im italienischen Fernsehen, Euthanasie komme einem Mord gleich. Er begrüße jede schmerzlindernde Pflegemaßnahme, und nicht alle medizinisch-technischen Maßnahmen zur Lebensverlängerung seien sinnvoll.

Piergiorgio Welby ist schwer krank und Italien schaut zu. Beinahe täglich übertrugen italienische TV-Sender Bilder des an Muskeldystrophie Leidenden. Welbys "Krieg gegen den Tod", so der "Corriere della Sera" begann im vergangenen September: Seitdem kann er nur mit Hilfe eines Computers mit der Außenwelt kommunizieren.

Im katholisch geprägten Italien ist sowohl passive als auch aktive Sterbehilfe verboten. Ärzten, die dennoch aktiv Sterbehilfe leisten, droht eine Haftstrafe von 15 Jahren. Der Kampf des Kranken, der sterben will, hat die Mitte-Links-Koalition um Premierminister Romano Prodi gespalten und die Euthanasie-Diskussion im Land neu entfacht. (RV, 20.12.06)

Als Welby zwei Tage später doch sterben konnte, zählten diese teilweise recht wohlklingenden Phrasen nichts mehr. Der Vatikan verurteilte das Vorgehen des Arztes, der dem unheilbar kranken Patienten (die in Deutschland erlaubte passive) Sterbehilfe geleistet hatte,

ungewöhnlich scharf. Der Präsident der päpstlichen Akademie für das Leben, Bischof Sgreccia, kritisierte zudem, der Fall sei von der Partei der Radikalen für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert worden (was ja der katholischen Kirche völlig fremd ist). Gleichzeitig räumte er aber Lücken im italienischen Gesetz ein: "Die italienische Verfassung lässt die Verweigerung ärztlicher Behandlung zu, aber es fehlt ein entsprechendes Gesetz. Vom ethischen Standpunkt aus ist eine solche Forderung illegitim, wenn die Therapien verhältnismäßig sind. Aber wenn der Patient auf der Ablehnung der Behandlung beharrt, kann man ihn nicht zwingen. Der Arzt, der lebensverlängernde Maßnahmen beendet, indem er das Beatmungsgerät abstellt, muss sich vor dem Gesetz verantworten." (RV, 22.12.06)

Dagegen begrüßte sogar die Deutsche Hospiz Stiftung, immerhin ein Ableger des erzkonservativen katholischen Malteser-Ritterordens, das Abschalten der lebenserhaltenden Geräte, weil damit endlich der Wille des Patienten akzeptiert worden sei. (Beim Wunsch nach Freitod hätten die Ordensritter den Patientenwillen allerdings keineswegs respektiert.)

Immerhin forderten zahlreiche Politiker die schnellstmögliche Einführung eines eindeutigen Gesetzes zum Thema Euthanasie. "Es ist klar, dass die einmal begonnene Debatte jetzt fortgeführt wird", sagte Ministerpräsident Romano Prodi. Noch am Tag nach dem Tod war unklar, ob der Arzt, der in der Nacht zum Donnerstag Welbys Beatmungsgerät abgestellt und ihm ein Beruhigungsmittel gespritzt hatte, juristisch zur Verantwortung gezogen wird. Ihm drohen laut dem italienischen Gesetz 15 Jahre Haft wegen Totschlag oder Mord, da in Italien sowohl aktive als auch passive Sterbehilfe verboten sind. Nur bei gehirntoten Patienten ist die passive Euthanasie erlaubt. (RV, 23.12.06)

Vollends entlarvte sich die Kirche bei der Beisetzung. Ihre Weigerung, eine Trauerfeier für Piergiorgio Welby, Italiens bekanntesten Verfechter der Sterbehilfe abzuhalten, rief heftige Kritik hervor. Das Vikariat verteidigt die Entscheidung unter Hinweis auf die Sakralität des Lebens und die Ablehnung des „Selbstmords“ durch die katholische Lehre. Welbys Arzt hatte auf dessen Wunsch hin das Beatmungsgerät abgeschaltet, das den unheilbar Kranken am Leben erhielt. Der Präsident der römischen Diözesankommission Familie und Leben, Erzbischof Luigi Moretti, sieht keinen Grund für Kritik an der Weigerung einer kirchlichen Trauerfeier: Wörtlich sagte er: "Die Motive sind Teil der kirchlichen Tradition, die den Willen, sich das Leben zu nehmen, nicht gut heißen kann. In der Praxis werden Trauerfeiern für Personen, die das Leben ablehnen, abgehalten, wenn unklar ist, ob diese eine freie Entscheidung getroffen haben. In solchen Fällen vertrauen wir auf die Barmherzigkeit Gottes, denn keiner von uns darf sich zum Richter erheben. Bei Welby lag der Fall anders. Wir wollen auch hier nicht Richter sein, aber die Geschehnisse rund um dieses Leiden und diesen Tod wurden auf eine andere Weise durch die Familie und die Menschen in seinem Umfeld ausgerichtet." (RV, 24.12.06)

An dem schlechten Erscheinungsbild der Kirche seien aber nur die anderen schuld; vor allem die Medien seien zumeist „liberalistisch und radikal“. So kommentiert das katholische Nachrichtenportal "Sir" der italienischen Bischofskonferenz die jüngste Berichterstattung säkularer Medien. Kritische Kommentierungen zum Fall Welby, Berichte über die Kritik der katholischen Kirche an homosexuellen Partnerschaften und zur Forschung mit embryonalen Stammzellen seien ein "Angriff auf die Kirche".

I (3670) **Rom/Vatikanstadt.** Mit scharfen Worten wandte sich die Vatikanzeitung "L'Osservatore Romano" gegen Pläne aus der italienischen Mitte-Links-Regierung, die auf eine Legalisierung von nicht-ehelichen Partnerschaften abzielen. Ein Kommentar der Vatikanzeitung sprach von "Heuchelei" und warf der Regierung Prodi vor, sie wolle letztlich das Modell der Familie demontieren. Es stimme einfach nicht, dass die Anerkennung von nicht-ehelichen Verbindungen die Familie nicht in Mitleidenschaft ziehe. Das geplante Gesetz über die so genannten "Soldaritäs-Pakte", abgekürzt Pacs, bedeute einen Schritt auf die völlige Gleichstellung der Ehe mit anderen Lebensformen hin. Die italienische Gesundheitsministerin Livia Turco verteidigte in einem Zeitungsinterview das geplante Gesetz. Es gehe der Regierung darum, die Diskriminierung von nicht verheirateten Menschen zu beenden, so die

katholische Politikerin. Ministerpräsident Romano Prodi wurde von der Tageszeitung "La Repubblica" mit den Worten zitiert, er werde nicht nachgeben in einem Punkt, der "die Rechte von Personen" betrifft. Die Kritik aus dem Vatikan betrübe ihn, aber "die Fakten werden mir Recht geben". Die Opposition unter dem früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi stellte sich hingegen hinter die Kritik des Vatikans. (*Radio Vatikan* [=RV], 10.12.06; *corriere della sera*, 11.12.06)

Österreich

I (3671) **Wien**. Eine "Respektzone" rund um den Stephansdom einzurichten, kündigte im März 2006 Bezirksvorsteherin Ursula Stenzel (ÖVP, ehem. Europaabgeordnete) an, nachdem sie ein Treffen mit Erzdiözese, Caritas und Verein "Rettet den Stephansdom" absolviert hatte. Mit der Respektzone solle die "Einmaligkeit des Raums" und des Doms bewirkt werden. Erlaubt seien nur noch Kirchenfeste, z.B. Fronleichnamsprozessionen, berichtete die Presse. Verboten seien Demonstrationen, Versammlungen, "Jahrmarkt-ähnliche Veranstaltungen", Events und PR. Zunächst wurden Auftritte von Straßenkünstlern nicht mehr genehmigt. Dienstags und donnerstags sollten völlig "spielfrei" sein, forderte der Dompfarrer.

Die österreichischen Freidenker stellten dagegen fest, dass ein Treffen einer Bezirksvorsteherin mit Kirchenvertretern kein Recht setzen könne. Im öffentlichen Raum gelte: Es ist alles erlaubt, was nicht verboten ist. Sie wandten sich gegen die Respektlosigkeit einer bürgerlichen Partei vor den Bürgerrechten und ersuchten die Rechtsaufsicht um eine Stellungnahme.

Der zuständige Senatsdirektor der Stadt Wien antwortete, dass es bisher keine Lex Stephansplatz oder eine andere Rechtsgrundlage gebe. Der Wiener Parteiboss der ÖVP, Johannes Hahn, ruderte in einem Interview mit der Zeitschrift "freidenker/in" zurück: Sowohl Katholiken im engeren Sinn als auch Agnostiker hätten ihren Platz in den humanistischen Grundsätzen Europas - christliche Wurzeln, angereichert durch Erkenntnisse der Aufklärung. Die Volkspartei wende sich gegen Kartelle und Monopole, da sie die soziale Marktwirtschaft vertrete und keinen Neoliberalismus. Künstler und Kundgebungen auf dem Stephansplatz "können Sie nicht verbieten". Der Bezirksvorsteherin sei es lediglich um die Anzahl der Kundgebungen und Künstler gegangen, die sie verringern wollte. Frau Stenzel war nicht für ein Interview der "freidenker/in" zu erreichen. Ebenso wenig der Dompfarrer, der den Gottlosen in einer herrlichen E-Mail "Gottes Segen" beschied. (freidenker/in, Wien, Nr. 1 und 2, 2006)

Polen

I (3672) **Warschau**. Religion soll als Unterrichtsfach aufgewertet werden. Eine entsprechende Initiative hat der katholische Fundamentalist Roman Giertych angekündigt, der gleichzeitig Bildungsminister ist. Die Fachnoten in Religion sollen künftig versetzungsrelevant sein. Die Änderung könne nach Angaben des Bildungsministeriums nächstes Schuljahr in Kraft treten. Das Unterrichtsfach Religion war nach der kommunistischen Ära Anfang der neunziger Jahre in die polnischen Schulen zurückgekehrt. Die Aufwertung des Unterrichtsfachs geht auf eine Initiative der Bischöfe zurück, die Giertych prompt befolgte. Gleichwohl gibt es in Polen kein Ersatzpflichtfach für Religionsverweigerer. (kap, 16.12.06)

Schweiz

I (3673) **Zürich**. Der Schweizer Radiosender DRS 1 hat in seinem neuen Sendekonzept ein säkulares Ersatzprogramm für die religiöse Sendung "Wort zum neuen Tag" eingeführt – zum Ärger der Kirchen. Der Publikumsrat der Schweizer Rundfunkgesellschaft hat nun darüber diskutiert. Beim Radio hält man am neuen Konzept fest. Der Rat kritisiert die Kirchen, die sich erst Monate nach der Umstellung zu Wort gemeldet haben. (kipa, 16.12.06)

Generell verlieren die katholischen Medien an Bedeutung, meint der Chefredakteur von *Apic*, der katholischen Nachrichtenagentur der französischsprachigen Schweiz. Jacques Berset betont, dass die kontinuierlich sinkende Anzahl katholischer Informationskanäle ein Risiko für die katholische Kirche in der Schweiz sei. Der Chefredakteur kritisierte auch Kirchenleute, die das Internet als Alternative betrachteten. Die Schließung der katholischen Fotoagentur "Circ" sei ein Beispiel für die "falsche Schwerpunktsetzung der Kirchenverantwortlichen". "Circ" wurde nach über 40 Jahren vor wenigen Wochen aus finanziellen Gründen geschlossen. (sir, 20.12.06)

I (3674) **Bern**. Der scheidende Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Bischof Amédée Grab, stellte seiner Kirche ein vernichtendes Zeugnis aus. Dringendstes problem sei der Mangel an Gläubigen. Gerade in der Schweiz könne die Gesellschaft ganz gut auch ohne die Kirche leben. Gegen diese Tatsache habe bisher weder er noch seine Schweizer Kollegen noch der Vatikan eine Antwort gefunden. (kipa, 2.1.07)

Spanien

I (3675) **Madrid**. Die sozialistische Regierung von José Luis Zapatero hat eine heftig umstrittene Bildungsreform in Kraft gesetzt. Das Vorhaben sieht eine Abwertung des Fachs Religion an den Schulen vor. Die neue Regelung erlaubt den Schülern, zwischen Religionsunterricht und einem Bürgerrechtskurs wählen zu können. Auch kann die Religionsnote nicht mehr für die Erhaltung von Unterstützungsgeldern genutzt werden. Die spanischen Bischöfe kritisieren den Bürgerrechtskurs, da die aktuelle Regierung diese Lektionen für die "Verbreitung ihrer Doktrin missbrauchen" könnte – womit sie von ihrem eigenen Verhalten im Religionsunterricht auf andere schließt. (ansa, 8.12.06)

Tschechische Republik

I (3676) **Prag**. Das tschechische Episkopat steht im Verdacht die Aufdeckung von kollaborierenden Priestern zu behindern. Die Tageszeitung "Lidove noviny" berichtete, der Diözesanbischof von Hradec Kralove (Königgrätz), Dominik Duka, habe die Entlassung eines früheren Sekretärs der Bischofskonferenz und "sehr intensiven Mitarbeiters" des Staatssicherheitsdienstes "trotz einer Menge an Beweisen" unterbinden wollen. Nur dem Druck des Prager Erzbischofs Kardinal Miloslav Vlk sei es zu verdanken, dass der Sekretär schließlich doch abgelöst wurde. Bischof Duka entgegnete, er habe zwar seinerzeit die Ernennung des Sekretärs befürwortet. Allerdings sei ihm „nicht bewusst“ gewesen, durch welche "Verirrungen des Lebens" sein Vertrauter hindurchgegangen sei. (kap, 8.12.06) Auch der Diözesanbischof von Ostrau, Frantisek Vaclav Lobkowicz, steht in dringendem Verdacht, vor der "Wende" mit dem kommunistischen Staatssicherheitsdienst StB zusammengearbeitet zu haben. In einem Offenen Brief rechtfertigte er sich damit, er habe "den Menschen geholfen, ihren Glauben inmitten der totalitären Unterdrückung zu leben". (diverse Agenturen, 13.12.06)

Vatikan

I (3677) **Vatikanstadt**. Der päpstliche Hausprediger Raniero Cantalamessa hat einen Bußtag zum Gedenken an die Opfer pädophiler Priester vorgeschlagen. Der Kapuziner sagte in seiner ersten Adventpredigt vor Papst Benedikt XVI. u.a.: "Die Kirche hat angesichts der Abscheulichkeiten, die von einigen ihrer Hirten begangen wurden, zu Hilfsmaßnahmen gegriffen. Nach der akuten Krise ist der Moment für das Wichtigste gekommen: vor Gott zu weinen wegen des Missbrauchs "an den geringsten seiner Brüder". Könnte man nicht einen Tag des Fastens und der Buße auf lokaler und nationaler Ebene dort abhalten, wo Missbrauchsfälle besonders häufig waren?"

So selbstkritisch dieser Vorschlag schien, so entlarvend offen kam er dann auf die kirchenegoistischen Motive zu sprechen: „Das Ziel ist, „eine Versöhnung der Seelen“ zu erlangen, um wieder gemeinsam den Weg der Kirche zu gehen.“

Cantalamessa wandte sich auch dagegen, dass des Missbrauchs angeklagte Priester an die Öffentlichkeit gehen und versuchen, die Schuld den Vorgesetzten und der kirchlichen Gemeinschaft zuzuweisen. Dies werten viele Beobachter als Versuch, eine Mitverantwortung der Kirchengspitze zu leugnen. (RV, 15.12.06)

I (3678) **Vatikanstadt**. Nach eigenem Eingeständnis hat der Vatikan die höchste kriminalitätsrate der Welt, wie bei der Eröffnung des vatikanischen Gerichtsjahres offiziell mitgeteilt wurde. Bei nur 492 Staatsbürgern musste sich die Justiz des Zwergstaats im Jahr 2006 mit 486 Straf- und 341 Zivilverfahren befassen. Der überwiegende Teil der Delikte entfällt aber auf Touristen. (*Radio Vatikan*, 13.1.07)

Zypern

I (3679) **Nikosia**. Christliche Fundamentalisten nutzen die angespannte Weltlage im Mittleren Osten für Missionszwecke aus. „SAT7 Pars“ heißt ein neuer christlicher Fernsehsender, der vor allem die Farsi sprechende Bevölkerung im Iran und in Afghanistan erreichen will und Ende 2006 in Betrieb ging. Der Sender ist aus dem Iranischen Christlichen Rundfunk ICB hervorgegangen (das Kürzel Pars steht für Persisch) und bietet ein 24-stündiges Vollprogramm: 20 Stunden lang werden Sendungen auf Farsi ausgestrahlt, vier Stunden auf Türkisch. Die Verantwortlichen rechnen damit, dass die Zuschauerzahl verdoppelt werden kann. Den Angaben zufolge können mehr als 20 Millionen Einwohner Irans das über Satellit ausgestrahlte Programm empfangen. „Wir wollen Christus in einer kulturell angemessenen Weise den Persern in der Region bekannt machen“, so ein Sprecher. Der Iranische Christliche Rundfunk war 2002 gegründet worden. 99 Prozent der mehr als 68 Millionen Einwohner Irans sind Muslime. Der Anteil der Christen liegt bei 0,3 Prozent. „SAT7“ arbeitet eng mit rund 20 traditionellen, meist orthodoxen Kirchen im Nahen Osten zusammen. Finanziert wird der Sender überwiegend aus Spenden. Zum Kuratorium gehören aus Deutschland unter anderen der ehemalige CVJM-Generalsekretär Ulrich Parzany und der Bonner Verleger Norman Rentrop. (*idea*, 10.12.06)

Nordamerika

Kanada

I (3680) **Ottawa**. Das kanadische Parlament hat ein von der konservativen Regierung und den Kirchen angestrebtes Verbot der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner abgelehnt. Mit der Vorlage wollte die Regierung Schwulen und Lesben die Eheschließung wieder verbieten. Regierungschef Stephen Harper zeigte sich nach der Abstimmung enttäuscht, sprach aber von einem eindeutigen Votum. Die Abgeordneten lehnten den Gesetzesentwurf mit 175 zu 123 Stimmen ab. Harper hatte sich im Wahlkampf für eine Rücknahme des von der liberalen Vorgänger-Regierung verabschiedeten Gesetzes stark gemacht. Damit wollte er die "traditionelle Definition" der Ehe wiederherstellen, wie er sagte. In Kanada haben sich seit Inkrafttreten des Gesetzes bereits mehr als 12 000 schwule und lesbische Paare das Jawort gegeben. (ansa, 8.12.06)

USA

I (3681) **Virginia Beach**. Einen terroristischen Anschlag mit unzähligen Todesopfern hat der US-Fernsehprediger Pat Robertson (Virginia Beach/US-Bundesstaat Virginia) für Ende des Jahres vorausgesagt. Gott habe ihm gesagt, dass wichtige Großstädte und möglicherweise Millionen von Menschen von diesem Angriff irgendwann nach dem September betroffen sein könnten, so Robertson am 2. Januar in seiner Fernsehtalkshow laut einem Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press. (*idea*, 4.1.07)
Anm. MIZ-Red.: Endlich mal eine konkrete Voraussage, die uns in die Lage versetzt nachzuprüfen, ob dieser einstige Präsidentschaftskandidat wirklich mit Gott in Verbindung steht oder nur ein Betrüger ist!

I (3682) **Washington**. Jeder vierte US-Amerikaner erwartet für das Jahr 2007 die Wiederkunft Christi. Das hat eine repräsentative Umfrage des internationalen Markt- und Meinungsforschungsinstitutes Ipsos unter 1.000 Bürgern ergeben. Demnach halten es elf Prozent für „sehr wahrscheinlich“, dass Jesus in diesem Jahr wiederkommt; 14 Prozent nannten dies „recht wahrscheinlich“. Unter evangelikalen Christen ist fast die Hälfte der Ansicht (46 Prozent), dass die Wiederkunft Jesu 2007 „recht wahrscheinlich“ sei. (*idea*, 4.1.07)

Lateinamerika

Argentinien

I (3683) **Buenos Aires**. Die Bischöfe des Landes protestieren gegen ein von der Regierung gebilligtes Dokument einer internationalen Menschenrechtsorganisation, das der Diskriminierung von Frauen einen Riegel verschieben soll. Die argentinische Bischofskonferenz argumentiert in einem Statement, in mehreren fundamentalen Punkten verstoße der Text „gegen die Kultur unseres Volkes und die Grundwerte, die eine Mehrheit der Argentinier hochhält“. Die Bischöfe kritisieren deuten vor allem Passagen zu den Themen „Lebensschutz“, Ehe zwischen Mann und Frau, Verhütung und Mutterschaft „als Berufung der Frau“. (RV, 14.12.06)

Venezuela

I (3684) **Caracas**. Die katholische Kirche Venezuelas hat die Wahl von Hugo Chavez als Staatspräsident zunächst zähneknirschend anerkannt. Die Venezolaner hätten den Sozialisten als rechtmäßigen Präsidenten gewählt und wollten in Frieden leben, erklärte der Vorsitzende der Bischofskonferenz. In früheren Jahren kam es zu teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche. (KNA, 14.12.06)

Schon wenige Tage später warnte die Kirche vor einem Sozialismus nach marxistischem Strickmuster. Das von der Regierung für das 21. Jahrhundert angestrebte Staatswesen müsse alle Venezolaner einschließen, forderte der Erzbischof von Caracas in einem Schreiben an den wiedergewählten Staatspräsidenten Hugo Chavez. Dies müsse auf dem Weg des Dialogs erreicht werden und „fern jedes *wilden* Kapitalismus und fern einer marxistisch inspirierten Staatsideologie sein“. Die Kirche bringt in dem Schreiben auch ihre Sorge über eine mögliche Ideologisierung des Bildungswesens zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund einer demnächst in der Nationalversammlung zu diskutierenden Bildungsreform bestehen die Bischöfe darauf, dass dabei die Religion nicht außen vor bleibt. Schon im Vorfeld der Debatte forderten Vertreter aus dem Lager des Präsidenten die Abschaffung des katholischen Religionsunterrichts. (KNA, 20.12.06)

Kurz danach kritisierten die Bischöfe, dass es auch sozialistische Regime gebe, die mit der Demokratie unvereinbar sind. Restriktive Maßnahmen einer Regierung gegen private Medien seien kein Zeichen gesunder Demokratie, spielte Santana auf die Schließung des privaten Fernsehsenders "RCTV" an. (KNA, 8.1.07)

Asien

Indien

I (3685) **Neu Delhi**. Für Geld und Wohlstand kann auch ein Dalai Lama seine Grundsätze ändern. Nun hat er sich erstmals für einen Verbleib von Tibet in der Volksrepublik China ausgesprochen, wenn auch aus sehr materiellen Gründen. Die Nähe zu dem wirtschaftlich mächtigen Land könne sich positiv auf die Ökonomie in der Region auswirken, wenn Peking ausreichende Autonomierechte zusichere, sagte das geistige Oberhaupt der Tibeter in Neu Delhi. Der Religionsführer sprach sich zugleich für eine Modernisierung der unterentwickelten Region zwischen Indien und China aus. Eine im Juli eingeweihte Eisenbahnstrecke von China in die tibetische Hauptstadt Lhasa war von einem Teil der dortigen Bevölkerung jedoch als Bedrohung für das ökologische Gleichgewicht der Hochgebirgsregion und das kulturelle Erbe kritisiert worden. (Reuter, 24.12.06)

Israel

I (3686) **Jerusalem**. Die Steuerbefreiung für die Einrichtungen der katholischen Kirche ist das einzige Thema, das die Gesprächsrunden der bilateralen Kommission zwischen Heiligem Stuhl und Israel bestimmt, die soeben hat eine weitere Verhandlungsetappe hinter sich gebracht hat. Pater David Jaeger, katholischer Fachmann für die Beziehungen zwischen Kirche und Staat im Heiligen Land teilte mit: "Thema der Verhandlungen ist die nötige Wieder-Bestätigung der historischen Steuerbefreiung für die Kirche, die es ihr erlaubt, ihre religiöse Aufgabe im Heiligen Land wahrzunehmen. Diese Steuerbefreiung garantiert auch, dass die Kirche ihr Eigentum vor Gericht schützen kann."

Zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl besteht seit 1993 eine so genannte Grundsatzvereinbarung"; die aktuell laufenden Verhandlungen sollen die Besitzrechte der Kirche im Heiligen Land klären. (RV, 15.12.06)

Pakistan

I (3687) **Karachi**. Die katholische Kirche hat sich gegen den Zwang zum islamischen Religionsunterricht an Schulen ausgesprochen. Weiter forderte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Lawrence John Saldanha, den Unterrichtsstandard an Grundschulen zu verbessern, um dem islamistischen Extremismus entgegenzuwirken. (Asianews, 30.1.07) Damit fordert die Kirche gegenüber der islamischen Mehrheit genau das, was sie in Europa den Nichtchristen gegenüber freiwillig bis heute nicht zugesteht.

Afrika

Ruanda

I (3688) **Den Haag**. Erneut hat ein Priester von einem UNO-Kriegsverbrechergericht eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren erhalten. Er habe Milizen dazu angestiftet, in einer Kirche, in der Tutsis während des Völkermords 1994 in Ruanda Zuflucht suchten, Feuer zu legen

und das Gotteshaus anschließend mit einem Bulldozer zu zerstören. Dabei sind 2.000 Tutsis ums Leben gekommen. Das internationale Kriegsverbrechergericht für Ruanda in Tansania befand Pater Athanase Seromba vorgestern für schuldig; durch die Anstiftung zur Tat habe er ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. (AP, 15.12.06)

Ozeanien

Australien

I (3689) **Sidney**. Auch dort, wo die katholische Kirche in der Minderheit ist, weiß sie den Staat unter Druck zu setzen. Die Universität von Sidney musste sich z.B. dazu verpflichten, an ihrem neuen Forschungsinstitut keine Experimente an embryonalen Stammzellen durchzuführen. Nur unter dieser Bedingung konnte die Uni das Institut auf einem Grundstück einrichten, das dem katholischen St.-Johns-College gehört. Dem Senat der Universität blieb nichts anderes übrig als den entsprechenden Passus im Vertrag zu unterzeichnen. (ansa, 6.2.07)

